

# Berliner Tageblatt

Nr. 468

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Wiederherstellung der großen Koalition? Frankreich und die Krise.

### Die Situation.

Der neue Vorschlag der Demokraten. — Zustimmung des Zentrums und der Sozialdemokratie. — Zusammentritt der Minister des alten Kabinetts.

E. D. Das unpolitische Kabinett, das Dr. Stresemann gestern gebildet zu haben glaubte, ist in sich zerfallen. Ernstlich kommt es gar nicht mehr in Frage, als Dr. Gehler gestern noch in später Abendstunde zum Reichstagskanzler berufen wurde, legte er die Uebernahme des Reichswehrministeriums in einer solchen Regierung ab. Das ist von nicht gering einschneidender Bedeutung gewesen. Auch das Zentrum verweigert sich mehr als jeher. Von den Sozialdemokraten gar nicht zu reden. Das sogenannte unpolitische Kabinett hätte also weder ein Vertrauensvotum vom Reichstage bekommen, noch hätte es auf das viel umstrittene Ermächtigungsgesetz eine Zweidrittel-Majorität vereinigen können. Charakteristisch war, daß zwar die Deutsche Volkspartei mit den deutschen nationalen Vorkämpfern die große Koalition, im Kampfe wider den Marxismus gestützt hatte. Als aber Dr. Stresemann sich an die Männer dieser Richtung wandte und ihnen Vortreffliches anbot, holte er sich eine Abfrage nach der anderen. Herr Minour, der Generaldirektor der Stimmzählmaschinen, bedankte sich dafür, das Finanzministerium zu übernehmen. Herr Wedfeld, der frühere Kruppdirektor dergleichen usw. Zweifellos wäre ein solches unpolitisches Kabinett der „Persönlichkeiten“ in Kürze völlig in das Fahrwasser der Rechten geraten, selbst wenn die Parteien der Mitte, obwohl abseitsstehend, der Regierung gegenüber eine abwartende Neutralität gezeigt hätten. Aus dieser einseitigen Orientierung heraus würde sich dann zwangsläufig eine Außenpolitik ergeben, die zu den schwersten Konflikten führen müßte. Ueber Nacht müßte das deutsche Volk durch eine Politik der großen Geste und des großen Mundes in eine Katastrophe hineingetrieben werden. Allein diese Möglichkeiten haben in den Reihen der alten Koalitionsparteien, soweit sie nicht zum rechten Flügel der Deutschen Volkspartei gehören, den Wunsch immer lebhafter werden lassen, diese Kombination unter allen Umständen zu verhindern. Gar nicht zu reden von den innerpolitischen Schwierigkeiten, die sich aus der Politik eines verkappten Reichskabinetts ergeben würden. Die demokratische Fraktion hat mit erfreulicher Deutlichkeit und mit sicherem politischen Instinkt zwischen sich und Dr. Stresemann einen tiefen Trennungsfurchen gezogen, als er, der „Prophet der Koalition“, sich gestern auf diesem Irwege zu verlaufen drohte.

Heute vormittag traten die Fraktionen im Reichstage zu erneuten Sitzungen zusammen. Gestern hatte es Dr. Scholz, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, angebracht, im Sinne der großen Koalition auf Stresemann einzuwirken, wie es die Demokraten und das Zentrum angeregt hatten, um dieser ganzen Krise ein schnelles Ende zu bereiten. Als Antwort auf diese abwartende Erklärung der Volksparteier wurde heute von den Demokraten folgender Beschluß gefaßt, der in seiner prägnanten Formulierung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt:

„Die Deutsche demokratische Partei richtet an den Reichspräsidenten und an den Reichstagskanzler die dringende Aufforderung, die Versuche zur Wiederherstellung der großen Koalition nochmals ernstlich vorzunehmen. Wird ein solcher Versuch nicht unternommen, so sieht die Fraktion sich nicht in der Lage, einem solchen Kabinett das Vertrauen auszusprechen.“

Dieser Beschluß wurde, um keine Zeit zu verlieren, sofort dem Bureau des Reichspräsidenten und des Reichstagskanzlers telephonisch übermittelt. Das wirkte. Dr. Stresemann, der selber schon heute früh die Idee eines unpolitischen Kabinetts hatte fallen lassen, griff den Gedanken auf und leitete die ersten Schritte zu seiner Verwirklichung ein. Auf die erste Nachmittagsstunde berief er die bisherigen Kabinettsmitglieder zu einer internen Besprechung. Inzwischen hatte auch das Zentrum den Wunsch der demokratischen Partei in einer ausgedehnten Aussprache unterstrichen. Auch die Sozialdemokraten kamen mit großer Mehrheit dahin überein, in dieser verfahrenen Situation als einzigen möglichen Ausweg der großen Koalition wieder den Weg zu ebnen. Soweit standen die Dinge um 2 Uhr nachmittags. Es scheint, als ob in der Tat das alte Kabinett rekonstruiert werden wird. Möglich, daß der eine oder andere Minister ausscheidet und durch einen anderen ersetzt wird. Aber das ändert an der Hauptsache nichts. Die Hauptsache ist, daß dieses Interregnum so rasch wie möglich, so bald wie möglich überwunden wird. Wenn die große Koalition wieder Wirklichkeit werden sollte, wäre das alles nur ein Traumspiel gewesen. Allerdings ein Traumspiel, dessen Urheber, der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei, die Autorität der Regierung und des Parlaments aufschwächen ersüßelt haben. Die Sozialdemokratie hat in den letzten sechsunddreißig Stunden eine entgegengesetzte und ausgleichende Politik getrieben, die von der hohen Verantwortung für die Staatsnotwendigkeiten ge-

### Französische „Informationen“ über das Programm Stresemanns.

Neue Drohungen der Nationalisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Oktober.

Die Bemühungen Stresemanns, eine neue Regierung zu bilden, werden in politischen Kreisen von Paris mit Mißtrauen beurteilt. Gestern war man geneigt, den Sozialisten die Hauptschuld am Sturz der alten Regierung zu geben. Heute ist die Ueberzeugung allgemein, daß Stresemann die Mitarbeit der Sozialdemokraten nicht mehr wünsche und seine neue Regierung ausschließlich mit den Männern der Großindustrie bilden werde. Stinnes selbst oder einige seiner Vertrauensmänner würden als künftige Minister genannt. Nur der Reichswehrminister Gehler soll als einziges Mitglied der früheren Regierung im Kabinett bleiben. Dies macht die Absichten Stresemanns noch verdächtiger, denn Gehler gilt hier als der Strohmann des Generals v. Seeckt und der Militärpartei. Das künftige Programm wird schließlich einheitlich in der ganzen französischen Presse als bedenklich reaktionär bezeichnet. Stresemann glaubt die nötigen Reformen, besonders die dringende Nahrungreform nur mit der Hilfe der Großindustrie und der Finanz durchzuführen zu können, und wählte deshalb seine Mitarbeiter aus den Kreisen, die bisher jede Regelung der Reparationsfrage verhindert hätten. Er beanprucht außergewöhnliche Vollmachten, um seinen alten Plan durchzuführen: Die Arbeitszeit soll auf zehn Stunden verlängert werden, acht Stunden als normaler Arbeitstag, zwei Ueberstunden für die Reparationen. Aber diese Idee verlangt neue Opfer und neue Zugeständnisse von den Arbeitern und entlastet wieder einmal die Großindustrie. Wenn Stresemann für diesen Plan nicht die Billigung des Reichstages finden könne, und wie aus Berlin gemeldet wurde, die Absicht habe, den Reichstag aufzulösen, so flüchte er das Reichsgeheim mit vollen Segeln in eine Abenteuerpolitik hinein, welche die schlimmsten Folgen haben würde.

Diese Schilderung der angeblichen Absichten Stresemanns wird in Paris allgemein für richtig gehalten. Die Mehrheit der französischen Zeitungen verlangt heute bereits größte Zurückhaltung und Vorsicht. Frankreich müsse sich darauf beschränken, das Ruhrgebiet wirtschaftlich, das Rheinland militärisch zu beherrschen und die Entwicklung in Deutschland mit ruhiger Entschlossenheit abwarten. Einigeblätter werfen auch heute dem Ministerpräsidenten vor, daß er gegen den Kanzler Stresemann zu schroff gewesen sei. Aber diese Ansichten über die Vergangenheit ändern nichts am Urteil

für die Zukunft. Wenn das Geschäftministerium so aussehe, wie die Zeitungen heute melden, sagt „Leuvre“, so werde es weder Deutschland noch Frankreich Vorteile bringen. Nur einige extreme nationalitäre Blätter begrüßen die neueste Wendung, weil es endlich einmal die Männer öffentlich an die Spitze stelle, die bisher Deutschland im geheimen dirigiert hätten. „Es ist für unsere Interessen möglich, wenn die wahren Führer sichtbar werden“, schreibt „Leuvre“ im „Echo de Paris“. Wenn eine nationalitäre und militaristische Regierung in Deutschland sich unserem Zwange fügen muß, dann wird das deutsche Volk erkennen, daß gegen unsere Kraft nichts zu machen ist, und das wird vielleicht der erste Schritt zur Vernunft sein.“

Diese Ankündigung einer Politik der Gewalt wird in anderen Blättern noch durch eine Empfehlung wirtschaftlicher Druckmethoden ergänzt. Die klare Schilderung dieses Systems der Dummheit steht im „Journal“. „Ob in Deutschland nach rechts oder links regiert wird, ist gleichgültig. Solange Deutschland die Produktion des Ruhrgebietes entbehren muß, kann es eine Katastrophe nicht verhindern. Deutschland hat weder Geld, noch Eisen, noch Kohle. Sein Handel und seine Industrie sind krank. Das Volk hat weder Brot noch Feuer. Das Reich kann ohne die Ruhr nicht leben, aber die Ruhr wird von uns bewacht. Deutschland muß sterben, aber die Ruhr wird von uns bewacht. Deutschland muß sterben, aber die Ruhr wird von uns bewacht. Deutschland muß sterben, aber die Ruhr wird von uns bewacht.“

Der „Matin“ oder vielmehr der Sonderbeilage in Berlin schreibt: „Stresemann muß jetzt zeigen, daß er ein Staatsmann ist. Er muß sofort in seinen Worten und zuverlässig in seinen Taten sein, damit Frankreich Vertrauen bekommt. Dann haben die Alliierten ein Interesse daran, Deutschland in dieser Zeit zu unterstützen und ihm zu zeigen, daß ein Volk ebenso wie ein Mensch sich durch Arbeit und Ehrenhaftigkeit aus der ganzen Situation befreien kann.“ So sagt Herr Sauerwein. Aber seine onkologische Weisheit wird uns nicht viel nützen, wenn er nicht gleichgültig ohne unklare Versen sagt, was Stresemann noch mehr tun soll, um Herrn Poincarés Vertrauen einzulösen. Das Wort Vertrauen ist im Repertoire Poincarés nicht zu finden.

Paris, 5. Oktober. (W. T. V.)

Die kommunistische Partei verurteilt für morgen eine große Volksversammlung ein, in der der aus Deutschland zurückgekehrte kommunistische Abgeordnete Cahen das Wort ergreifen und über die Lage in Deutschland sprechen wird.

tragen war. Diejenigen Volksparteier, die durch ihren unqualifizierten Vorstoß gegen den „Marxismus“ das ganze Reichsgeheim zu unterminieren drohten, sind durch die staats-erhaltende Politik der Sozialdemokratie besänftigt worden.

Wie wird das Er-mächtigungsgesetz, um das der Kampf geht, nun aussehen? Fest steht, daß allein die Frage der Sozialrentner herausgenommen wird. Dieses Problem soll in einem besonderen Gesetz geregelt werden. Diese Sozialrentner sind eine Schöpfung des bismarckischen Staatssozialismus. Wenn man diesen großen sozialpolitischen Gedanken, der darin liegt, von dem diktatorischen Ermächtigungsgesetz ungetastet lassen will, so hält man sich nur an die große Tradition der Vergangenheit. Der Akt ist unbestritten oder richtiger, seine Einschränkung wird zusammen mit der allgemein notwendigen Produktionssteigerung behandelt werden. Die Befreiungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Aber sie verheißen einen erfolgreichen Abschluß.

Wenn nicht im Verlauf des Tages neue unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, ist die große Koalition spätestens morgen von neuem eine Tatsache geworden.

Abgesehen von der Sozialrentnerfrage haben die Sozialdemokraten den Wunsch ausgesprochen, einen sozialdemokratischen Staatssekretär dem Reichsfinanzminister beizugeben, damit bei der Regelung der sozialpolitischen Fragen direkt im Ministerium vertreten sind.

### Beamtengehälter und Geldentwertung.

Heute neue Besprechungen im Reichsfinanzministerium.

Wie heute früh von uns mitgeteilt, wurde am gestrigen Donnerstag den im Reichsfinanzministerium erschienenen Beamtenvertretern erklärt, daß die vorgesehenen Verhandlungen über die Anpassung der Gehälter an die enorme Geldentwertung nicht stattfinden könnten. Es wurde auch hinzugefügt, solche Verhandlungen seien infolge der politischen Lage kaum vor Montag nächster Woche zu ermöglichen. Mittlerweile scheint man in Regierungskreisen zu einer von diesen Erklärungen abweichenden Ansicht gekommen zu sein; jedenfalls wurde dem Deutschen Beamtenbund mitgeteilt, daß man die Vertreter der Beamtenenschaft heute nachmittag 4 Uhr im Reichsfinanzministerium erwartete, offenbar um die Verhandlungen demnach aufzunehmen. Der Deutsche

Beamtenbund hatte nach dem gestrigen abendlichen Bescheid seine Mitglieder sofort zu einer Sitzung einberufen, die heute vormittag stattfand. Man besprach nicht nur die Gehaltsfragen, sondern auch die politische Lage und deren mögliche Auswirkung auf die deutsche Beamtenschaft.

### Italienische Urteile über die Lage Deutschlands.

„Zur Zurückbildung verurteilt.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 5. Oktober.

In politischen Kreisen macht sich eine Strömung bemerkbar, sich von dem bisherigen blinden Nachbeten der französischen Ausprägungen an Deutschland freizumachen. Die „Epoca“ nimmt entschieden Stellung gegen die Verdrehung der Wahrheit in französischen Kreisen der italienischen Presse. Das Blatt schreibt, daß verarmte, entwaffnete und zerfallene deutsche Volk, das nicht einmal mehr über moralische Energie verfügt, heute dem reichen, bis auf die Zähne bewaffneten mächtigen französischen Volk gegenüber, das ein europäisches Reich aufrichten möchte und da gibt es noch Leute, die von deutschen Drohungen, Anträgen und Hinterhalten sprechen. Stresemann, verurteilt die Republik zu konföderieren, um ein Abkommen mit Frankreich zu erzielen, aber Italien versteht sie nicht. Mit einem Wort, Frankreich ist Deutschland gegenüber intransigent denn je, es organisiert die Rheinische Republik und will sogar die Ruhrarbeiter und Eisenbahner zum Treuebruch gegenüber Frankreich zwingen. Deutschland ist in Wahrheit zur Sklaverei und Zurückbildung verurteilt, so viel Zugeständnisse es auch macht. Schon erstreckt England ein politisches und wirtschaftliches Bündnis mit dem französischen Reich. Stresemanns letzter Verteidigungsversuch wird nicht glücken. Derselben pessimistischen Meinung ist die „Idea Nazionale“. Der „Mondo“ findet die französische Politik logisch wie immer, die englische aber weniger klar. Von der italienischen Regierung wisse man immer seit der Ruhrkrise nicht, was sie denke und tue.

Während „Messaggero“ sich die französische Tendenz zu eigen macht und sowohl die Krise wie die Anträge im Reich als Wandel betrachtet, die Stresemann neue Druckmittel gegen Frankreich in die Hand geben sollen, vergleicht das sozialistische Blatt „Nuovo Paese“ die Lage mit der des Jahres 1918. Deutschland habe einen zweiten Krieg verloren. Die Kapi-



Die Ordnung in München geschäft wird.

Streikverbot und christliche Gewerkschaften. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 5. Oktober.

„Münchener Post“ meldet die politische Auflösung des Bundes Reichstages, der von der Polizei als Gefahr die verbotene sozialdemokratische Schutzabteilung...

Der „Treueid“ der Eisenbahner.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Oktober.

Der „Zeit Parisien“ bringt eine offizielle Mitteilung über die Ausrufung des „Treueids“, der nach den Angaben einiger führender Zeitungen von den Eisenbahnbeamten im besetzten Gebiet verlangt wird.

Die Regie „beschlagnahm“.

Entlassungsdrohungen gegen die Eisenbahner.

Koblenz, 5. Oktober. (Mit.)

Die französische Regie hat namentlich auch die beiden Bahnhöfen in Koblenz und Aachen-Aubernaach die sich bisher im Bereich der deutschen Eisenbahnverwaltung befanden, „beschlagnahm“ und die Eisenbahner vor die Alternative gestellt...

Franzosen und Separatisten.

Die neue Justizkomödie in Düsseldorf.

London, 5. Oktober. (W. Z. B.)

Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times“ schreibt, die Einwohner von Düsseldorf, die allen falschen Darstellungen entgegen allgemein der Ansicht seien, daß die Polizei bei den am letzten Sonntag festgenommenen Zusammenstößen unter äußerster Provokation mit Zurückhaltung und Zurückhaltung gehandelt habe...

Eine Zahlung der Steuern in Goldmark bezweckt ein Antrag der Reichs- und Rheinisch-Westfälischen Reichstages.

Der Reichstag hat am 31. August 1923 beschlossen, daß die Steuern in Goldmark zu zahlen sind, wenn die Steuer selbst nicht in Goldmark zu zahlen ist...

Der Feldzug gegen den Parlamentarismus.

Der Kriegsplan der Deutschnationalen.

Das Ziel: der Umsturz; das Instrument: die Harmlosen der Mittelparteien.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ veröffentlicht heute unter dem Titel: „Der Kriegsplan der Deutschnationalen“ die folgenden Ausführungen, in denen die parlamentarische Situation der Stunde mit ausgezeichneter Klarheit dargelegt ist.

Nichts wäre falscher, als wenn man sich darüber hinwegtäuschen wollte, daß die ganze jüngste Parlaments- und Kabinetskrise ein Werk der Deutschnationalen ist. Sie sind mit einem weit aussholenden Plan hervorgetreten, der leider von vielen Angehörigen der Mittelparteien wieder in seinem Umfang noch in seiner Gefährlichkeit erkannt worden ist.

Angesichts dieser Sachlage ist es geradezu unverstänlich, wie den Deutschnationalen aus den Mittelparteien heraus Unterstützung geleistet werden kann. Es geht doch nicht nur um den Bestand der Republik, sondern letzten Endes um Reich und Staat. Dabei ist die deutschnationale Agitation von einer geistigen Dürftigkeit, die geradezu erschreckend macht.

beide nicht zu erhalten vermag. Nie und nimmer aber kann das durch eine deutschnationale Gegenrevolution geschehen, gleichviel, ob sie blutig oder unblutig verläuft. Man kann im Gegenteil sagen, daß ein deutschnationaler Ruß über die Gewinnung der politischen Macht durch die Deutschnationalen den Verlust von Ruß und Rhein automatisch herbeiführt.

Die Masken fallen.

Stimmes gegen den Parlamentarismus.

Bereits triumphiert die deutschnationale Presse, daß ihr geschickter Anschlag auf das Kabinett der großen Koalition gelungen sei. Die „Kreuzzeitung“ requiriert frohlockend die Grabgräber auf die große Koalition, während sich andere Blätter, wie der „Tag“, noch etwas mehr zurückhalten.

„Gang von selber drängt sich aufenthalten die Empfindung auf, daß es der Parlamentarismus ist, der hier seine entscheidende Krisis durchmacht. Dr. Stresemann hatte es vor kurzem betont, daß an die Spitze der hohen Rente nur Parlamentarier gehörten. In der Tat ist Herr Stresemann mit dem deutschen Parlamentarismus so eng verflochten, daß er als ein einziger bezeichnender Repräsentant gelten kann.

Die Ausschaltung der Parlamente durch die charakteristische Erscheinung unserer Epoche erklärt und durch die Parlamentarismus des Sowjetregimes, das bisher als Stimmes-Ideal nicht bekannt war, infiziert. Der Sozialdemokratie wird dann vorgeworfen, daß sie einerseits für die Durchführung der Reparationspolitik eingetreten sei, andererseits die Reparationspolitik unmöglich gemacht habe.

Wilder Streik bei der Hochbahn.

Die Nord-Südbahn verkehrt noch.

Zwischen der Direktion der Berliner Hoch- und Untergrundbahngesellschaft und den Angestellten ist es aus Anlaß von Lohnstreikigkeiten zu einem offenen Konflikt gekommen. Den Angestellten war von Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Lohnzuschlag in Höhe von 90 Prozent zugestimmt worden.

Die Notlage der Gastonumenten.

Zunahmliche Preissteigerungen.

Die Neuregelung der Gaspreise, die im September von der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt wurde, hat in den Kreisen der Gastonumenten eine heftige Meinungsäußerung hervorgerufen. Von Woche zu Woche erfahren die Preise für Gas und entsprechend auch für Wasser und elektrischen Strom eine sprunghafte Steigerung.

sich aber nicht bloß über diese Preissteigerungen, sondern noch mehr darüber, daß für die ganze zurückliegende Zeit der zweimonatlichen Abwesenheit immer die letzte Bahn zugrunde gelegt wird. Das ist gerechter und billiger wäre, einen Durchschnittspreis für die abgelaufene Zeit zugrunde zu legen, verläßt sich ohne weiteres. Leider ist aber darauf nicht zu rechnen, denn trotz aller Steigerungen hat sich die Lage der städtischen Werke immer weiter verschlechtert.

Der Brotpreis für Sonnabend. Wie uns der Zweckerband der Groß-Berliner Bäckermeister mitteilt, ist der Preis für ein markenfrees Brot mit Wirkung von Sonnabend, 6. Oktober, ab auf 44 Millionen Mark, für die markenfremde Schrippe auf 1,9 Millionen Mark festgesetzt worden.

Inwetter im Hermellkanal.

Dampferverkehr und Luftdienst unterbrochen.

London, 5. Oktober. (Z. N.)

Seit gestern mitternacht wütet ein überaus heftiger Wirbelsturm über England; an einzelnen Stellen wurde eine Windgeschwindigkeit von 82 Meilen in der Stunde festgestellt. Eine Windgeschwindigkeit von 82 Meilen in der Stunde gemeldet. Der Kanal ganz im Anbruch von Schiffsunfällen wird gemeldet. Der Kanal-turbinendampfer „Engadin“ erreichte nach einer überaus stürmischen Fahrt die französische Küste, konnte aber wegen des schweren Seegangs nicht landen.

Die Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Tarifkommission der Deutschen Buchdrucker vereinigte den Spitzenlohn für die Woche vom 6. bis 12. Oktober auf 2 1/2 Milliarden fest. Die Schließzahl für das deutsche Buchdruckergewerbe beträgt ab 6. Oktober fünf Millionen.

Wetterausblick für morgen in Berlin und Umgebung. Ueberwiegend trüb, ziemlich mild, leichte Regenfälle, mäßige Südwestwinde. Allgemeine Wetterausblick für Deutschland. Im ganzen Reich Fortdauer des regnerischen Wetters. Verantwortliche Redakteure: Dr. innerer Politik: Erich Dombrowski; für auswärtige Politik: Fritz Schadow; für Politik: Hermann Götting; für Redaktionen: Hans Kuntze; für den Roman: Fritz Götting; für die Kunst: Fritz Götting; für die Literatur: Fritz Götting; für die Wissenschaft: Fritz Götting; für die Sport: Fritz Götting; für die Unterhaltung: Fritz Götting; für die Kunst: Fritz Götting; für die Literatur: Fritz Götting; für die Wissenschaft: Fritz Götting; für die Sport: Fritz Götting; für die Unterhaltung: Fritz Götting.

Fortlaufende notierte Werte. (Ohne Gewähr.)

Table with columns for Fortlaufende Kurse, Einheitskurse, and various stock symbols like D. Reichsbank, D. Bank, etc.

Table with columns for Einheitskurse (Ohne Gewähr), D. Staatsanleihen, D. Stadtanleihen, and Wertbepfändige Anleihen.

BERLINER BORSE 5. Oktober

Main table titled 'Unnotierte Werte.' containing a wide variety of stock and bond listings with their respective prices and symbols.

Table with columns for various stock and bond listings, including symbols like Bayer, Siemens, and various international securities.

die hier den Wertpapier... Morgen früh erscheint... ergänzter Aktienkurs...



